

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Kreistages

am 18.03.2013

Großer Sitzungssaal - Landratsamt Böblingen

Anwesend:

Vorsitzender

Roland Bernhard

Freie Wähler

Friedrich Breining
Johannes Buchter
Hans Michael Burkhardt
Wilfried Dölker
Bernd Dürr
Wolfgang Faißt
Ekkehard Fauth
Achim Gack
Andreas Gravert
Marcel Hagenlocher
Tobias Heizmann
Dieter Hofmann
Martin Killinger
Ursula Kreutel
Rainer Kuppinger
Winfried Kuppler
Dr. Hans-Ulrich Merz
Markus Nau
Annette Odendahl
Dr. Joachim Quendt
Elfgard Schittenhelm
Matthias Schöck
Thomas Sprißler
Martin Thüringer

CDU

Walter Arnold
Ulrike Binninger
Dr. Ulrich Bitter
Prof. Dr. Martin Jäckle
Adolf Jeutter

Dr. Ulrich Köthe
Rolf Mailänder
Dr. Gabriele Moritz-Rahn
Paul Nemeth
Helmut J. Noë
Prof. Dr. Axel Prokop
Hans Karl Schurer
Elke Staubach
Helga Steinle
Armin Strecker

SPD

Dr. Tobias Brenner
Wolfgang Diehm
Elke Döbele
Gerlinde Hörz
Wilhelm Kern
Hans Klemm
Joachim Klenk
Manfred Ruckh
Gabriele Schmauder
Florian Wahl

GRÜNE

Bernd Aupperle
Heidrun Behm
Gabriele Frenzer-Wolf
Karin Müller
Roland Mundle
Jens Uwe Renz
Dr. Thomas Ritter
Annegret Stötzer-Rapp

FDP

Heiderose Berroth
Andreas Knapp
Manfred Kurz
Prof. Dr. Dieter Maurmaier
Dietmar Spreer

Die Linke

Harry Ladwig

Schriftführer

Heiko Meissner

Entschuldigt:

Freie Wähler

Ingrid Balzer
Wolfgang Lahl
Dr. Werner Metz
Rosemarie Späth
Axel Stahl
Wilhelm Tafel

CDU

Klaus Finger
Claus Unger
Dr. Bernd Vöhringer

SPD

Wolfgang Fürst
Peter Pfitzenmaier
Alexander Vogelgsang

GRÜNE

Klaus Wankmüller

FDP

Dr. Florian Toncar

NPD

Janus Nowak

Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 15:20 Uhr

T a g e s o r d n u n g

1. A 81 - Lärmdeckel
- Mitfinanzierung
Vorlage: 013/2013/2
2. Klimaschutzkonzept für den Landkreis Böblingen
Vorlage: 026/2013/1
3. Allgemeine Finanzprüfung 2009 - 2010 durch die Gemeindeprüfungsanstalt
Vorlage: 009/2013
4. Beteiligungsbericht des Landkreises Böblingen
Vorlage: 015/2013
5. Verschiedenes

TOP 1

A 81 - Lärmdeckel - Mitfinanzierung Vorlage: 013/2013/2

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage.

Der **Vorsitzende** ruft den Tagesordnungspunkt auf und übernimmt die Einführung.

Kreisrat Noë (CDU) gibt für seine Fraktion folgende Stellungnahme ab:

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

ich möchte in wenigen Sätzen noch einmal auf die Vorgeschichte des Ausbaus der A 81 eingehen.

Der in den 70-er Jahren geplante Bau einer Autobahnquerverbindung von Leonberg nach Gärtringen scheiterte am geschlossenen Widerstand der betroffenen Städte und Gemeinden sowie der Bürgerschaft in den Raumschaften.

Bund und Land haben auf Grund dieses geschlossenen Widerstandes damals die Planung aufgegeben.

Stattdessen wurde der Ausbau der A 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart/Vaihingen und der Stadt Böblingen am 8. Oktober 1984 vom Kreistag als notwendig erachtet. Hierbei wurde auch eine Überdeckelung des Autobahnabschnitts im Bereich Goldberg und Unteres Lauch gefordert. Gleiches galt für die Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Viehweide.

Die CDU-Fraktion hat immer die Forderung der Städte Böblingen und Sindelfingen für den Ausbau der A 81 zwischen Stuttgart/Vaihingen und Böblingen/Hulb unterstützt.

Die heutige Situation mit ca. 100 000 Kfz pro Tag ist so nicht mehr länger hinnehmbar. Der Autobahnabschnitt ist chronisch überlastet. Ein Standstreifen ist nicht vorhanden. Bei Unfällen ist der Autobahnabschnitt blockiert und der Verkehr weicht über die angrenzenden Städte und Gemeinden aus.

Im Bereich Böblingen Sindelfingen besteht außerdem auf der Grundlage des Bundesimmissionsschutzgesetzes Anspruch auf Lärmschutz.

Der volkswirtschaftliche Schaden durch den ständigen Stau ist immens.

Es ist deshalb nur natürlich, dass alle Unternehmen im Kreis Böblingen und die IHK den Ausbau der Autobahn fordern.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 19. Oktober 2009 einer Beteiligung in Höhe von 5 Mio Euro an den Ausbaukosten zugestimmt. Ursache hierfür war der massive Protest der Bevölkerung aus Böblingen und Sindelfingen, die mit der fehlenden Überdeckelung auf der A 81 nicht einverstanden war.

In langwierigen Verhandlungen einigte man sich letztlich auf eine Überdeckung von 850 m. Bund und Land forderten aber eine Mitfinanzierung der kommunalen Familie. D.h. der Landkreis und die Städte Böblingen und Sindelfingen sollten sich an den Ausbaurkosten beteiligen.

Diese Forderung von Bund und Land war und ist nachvollziehbar, weil das Land sich erstmals in der Nachkriegsgeschichte an den Kosten einer Bundesmaßnahme beteiligt und der Bund über das geltende Recht hinaus mehr in den Lärmschutz investiert. Durch die Mitfinanzierung der kommunalen Familie sollen Berufungsfälle abgewehrt werden.

Nachdem zwischenzeitlich der RE-Entwurf und die zugehörige Kostenermittlung vorliegt, werden die Kosten für die Überdeckung auf 68,25 Mio Euro festgesetzt. Die Gründe für die Mehrkosten sind in der Drucksache nachvollziehbar aufgezeigt.

Obwohl der Landkreis im Jahr 2009 in der Beschlussvorlage von einer einmaligen Beteiligung ausgegangen ist, erklären der Bund und das Land, dass ohne eine Mitfinanzierung an den Mehrkosten das Planfeststellungsverfahren nicht eingeleitet wird.

Da das Land seinen Kostenanteil von ca. 14,5 Mio Euro im Haushalt finanziert hat und andererseits der Bund die Mehrkosten finanzieren wird, bleibt der kommunalen Familie aus unserer Sicht nichts anderes übrig, als ebenfalls anteilig die Mehrkosten mitzutragen. Dies bedeutet für den Landkreis eine Erhöhung um 2,37 Mio Euro gegenüber den ursprünglichen 5 Mio Euro.

Die Mitfinanzierung an diesen Kosten kann – das habe ich für unsere Fraktion bereits 2009 erklärt - nur gerechtfertigt werden, weil damit ein echter Beitrag zur Wirtschaftsförderung geleistet wird, denn durch den Ausbau profitieren nicht nur die Städte Böblingen und Sindelfingen, sondern der ganze Landkreis und die Region.

Gegenüber der Beschlussfassung von 2009 befinden sich die kommunalen Haushalte derzeit in einer erheblich besseren Lage.

Dennoch begrüßen wir in der Beschlussvorlage Ziff. 1 den Hinweis, dass sich der Kreis über die indexierten Baupreissteigerungen hinaus nicht an Mehrkosten beteiligen wird.

In diesem Zusammenhang stelle ich für die CDU-Fraktion den Antrag, dem Land und dem Bund anzubieten, dass der Kreis seinen Kostenanteil in Höhe von 7,37 Mio. Euro bspw. mit dem Baubeginn als Festkostenanteil in einer Summe bezahlt (Analog zur Handhabung bei der S 60). Im Gegenzug müssten sich der Bund und das Land verpflichten, den Landkreis von jeglicher Kostensteigerung freizustellen. Vielleicht können sich die Städte Böblingen und Sindelfingen einem solchen Verfahren anschließen. Die kommunale Familie hätte dann finanzielle Planungssicherheit. Wir verstehen unseren Antrag dergestalt, dass er als Ziffer 3 im Beschlussantrag zur Beschlussfassung angehängt wird.

Die CDU-Fraktion geht auch davon aus, dass sich die Städte Böblingen und Sindelfingen – wie im Kreistagsschluss vom 19. Oktober 2009 bereits festgehalten – an den Kosten des Landkreises des Verkehrskonzepts Sindelfingen-Böblingen-Ost in Höhe von 2,5 Mio Euro beteiligen. (Drucksache Nr. 25/2013).

Das Land wird aufgefordert, das Planfeststellungsverfahren umgehend einzuleiten. Der Bund wird aufgefordert, so früh als möglich, die Finanzierung des Ausbaus der A 81 sicher zu stellen.

Wir fordern nachdrücklich den Weiterbau der B 464 – u.a. Altdorfer Kreuzung – und die Realisierung des Lückenschlusses B 295 B 464 – Renningen-Magstadt.

Die Fraktion wird mehrheitlich der Vorlage zustimmen.

Der **Vorsitzende** erklärt, er verstehe den Antrag nicht als Alternativantrag zum Grundsatzbeschluss, sondern als Erweiterung des bereits vorliegenden Beschlussantrages.

Kreisrat Noë (CDU) bestätigt dies.

Kreisrat Dölker (Freie Wähler) erklärt vorweg, seine Fraktion werde ebenfalls mit großer Mehrheit zustimmen, allerdings mit wenig Begeisterung, da man sich hier als Landkreis an einer Bundesaufgabe beteilige. Er bestätigt die von seinem Vorredner aufgezeigte Historie und bemerkt dazu, dass die ursprünglich geplante Autobahntrasse nicht nur wg. der Kommunen gescheitert sei, sondern auch wg. dem Land. Bürger und Wirtschaft im Landkreis brauchen zwingenden den Ausbau der Autobahn und es sei auch richtigerweise eine Forderung des ganzen Landkreises nach einer Überdeckelung, da es für die beiden Städte Sindelfingen und Böblingen schon eine harte Nuss sei, eine Autobahn quer durchs Stadtgebiet zu haben und dann nur die vorgeschriebenen Lärmschutzwände zu bekommen. Daher sei auch die Beteiligung der kommunalen Familie richtig, aber es müsse ein einmaliger Fall bleiben, dass hier der Landkreis in die Finanzierung einer Bundesaufgabe eintrete. Es sei auch richtig, dass es zum Thema vorwärtsgehe, aber es müsse auch schnell vorwärtsgehen, er begründet dies mit den aktuellen Verkehrssituationen und Anteil der Maßnahme im Gesamtzusammenhang der Verkehrsverbindungen in der Raumschaft. Weiter erklärt er, man könne dem Antrag der CDU beitreten, aber es müsse auch dann eine Vereinbarung getroffen werden zum Thema: Baubeginn, dass schnell begonnen, und dann aber auch zügig fortgesetzt werde. Abschließend erklärt er, die Ziffer 2 des Beschlussantrags gehe auf die Initiative seiner Fraktion zurück und hierzu gelte es auch wirklich sicherzustellen, dass mit der Planfeststellung rasch begonnen werde.

Kreisrat Dr. Brenner (SPD) erklärt, man werde zustimmen, allerdings alles andere als begeistert, da es hierbei nicht um eine Kreis Aufgabe gehe. Trotzdem hoffe er, dass es gelingen könne, „den Deckel auf den Deckel“ zu bekommen. Die Maßnahme sei dringend notwendig und darum sei es auch höchste Zeit, dass damit begonnen werde. In diesem besonderen Fall, sehe er auch das Eintreten des Landkreises in eine Bundesaufgabe nicht als Präzedenzfall an. Weiter bittet er Kreisrat Noë (CDU) zu präzisieren, wie er den Antrag seiner Frage verstehe, als Ergänzung oder untrennbaren Bestandteil des Grundsatzbeschlusses, bei dessen Nichterfüllung der Gesamtbeschluss kippen würde.

Kreisrat Mundle (GRÜNE) erklärt, auch seine Fraktion werde zustimmen. Er verleiht auch seiner Freude darüber Ausdruck, dass es den Projektbeteiligten gelungen sei, die Finanzierung der Mehrkosten zu bewältigen und damit noch weitergehende zeitliche Verzögerungen - als ohnehin bereits entstanden - zu verhindern. Seine Fraktion

habe den Ausbau der A 81 immer an die Erstellung des Lärmdeckels gebunden, da es den Menschen in den Anliegerkommunen nicht zumutbar sei, ohne einen solchen zu leben. Dank äußert er auch in Richtung der Bürgerinitiative „Leise A 81“, die man seitens seiner Fraktion gerne unterstützt habe, für ihre konstruktive und zukunftsorientierte Zusammenarbeit. Unzufrieden sei er natürlich auch mit der Situation, dass sich der Kreis an einer Bundesaufgabe beteilige, allerdings komme diese Maßnahme dem ganz Landkreis und seiner Einwohnerschaft zugute. Dank äußert er auch in Richtung Land, welches trotz der angespannten finanziellen Situation seinen Anteil aufbringe. Jetzt gelte es, zusammen mit allen Beteiligten, weitere Kostensteigerungen durch unnötige Verzögerungen zu verhindern. Dem Antrag der CDU-Fraktion könne man ebenfalls zustimmen, wenn dieser Antrag nicht zustande komme, alternativ den bisherigen Ziffern 1 und 2 des Beschlussantrags.

Kreisrätin Berroth (FDP) bemerkt kritisch, dass das Land die übrigen Beteiligten vor vollendete Tatsachen gestellt und man daher keine wirkliche Wahl gehabt habe. Zufrieden äußert sie sich zur Tatsache, dass die grün-rote Landesregierung nun das fortführe, was die Vorgängerregierung (schwarz-gelb) bereits begonnen habe. Dank äußert sie - wie ihr Vorredner - in Richtung Bürgerinitiative, die ihr Anliegen stets mit verträglichen Mitteln kommuniziert habe. Weiter erklärt sie, auch wenn es keine Kreis Aufgabe sei, wie von allen bemängelt, so profitiere der gesamte Landkreis von der Umsetzung der Maßnahme, dies komme allen Menschen zugute und auch in entscheidendem Maße der Wirtschaft und der Attraktivität der Anliegerkommunen. Jetzt sei es nur wichtig, dass auch der Bund seinen Hausaufgaben nachkomme. Sie begrüße auch außerordentlich die lfd. Nr. 2 des Beschlussantrags, um weitere Preisentwicklungen zu verhindern. Zustimmung äußert sie zum Zusatzantrag der CDU.

Kreisrat Noë (CDU) erläutert fürs Protokoll den Zusammenhang seines Antrags zum vorliegenden Beschlussantrag. Der Antrag seiner Fraktion ziele darauf ab, Bund und Land ein ernsthaftes Angebot zu machen, einen Festkostenanteil zu verhandeln, dabei auch die Städte Böblingen und Sindelfingen mit einzubeziehen und im Sinne der Anregung von Kreisrat Dölker (Freie Wähler) die Bezahlung von der Unumkehrbarkeit der Maßnahme (wenn die Bauaufträge erteilt seien und es los gehen würde) abhängig zu machen. Damit wolle man finanzielle Planungssicherheit erhalten. Die Erfüllung des Beschlussantrags lfd. Nr. 3 sei aber nicht Bedingung für die Beschlüsse lfd. Nr. 1 und 2.

Kreisrat Mailänder (CDU) stellt noch Verständnisfragen zu den im Beschlussantrag formulierten Kostensteigerungen.

Kreisrat Knapp (FDP) erklärt in seiner Funktion als Gemeinderat der Stadt Sindelfingen, Dank gebühre auch dem Landkreis Böblingen für seine finanzielle Beteiligung.

Dezernent Wiedmann geht kurz auf die Verständnisfragen von Kreisrat Mailänder (CDU) ein.

Kreisrat Dölker (Freie Wähler) erklärt, zu den Fragen der Kostensteigerungen abschließend, in der Beschlussantragserweiterung der CDU-Fraktion sei die Befassung des Kreistags mit enthalten, daher solle man jetzt nicht im Vorfeld und vor allem nicht in der Öffentlichkeit über mögliche Vereinbarungsregelungen diskutieren.

Der Kreistag fasst bei einer Gegenstimme und 4 Stimmenthaltungen folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Verwaltung wird ermächtigt eine Vereinbarung über die prozentuale Aufteilung der Mehrkosten für die Überdeckung der A 81 auf Grundlage der Einigung vom 11.01.2013 abzuschließen. Für Kostensteigerungen über eine allgemeine Baupreiserhöhung hinaus wie beispielsweise gewünschte Standardverbesserungen bzw. Sonderleistungen wird eine Finanzierungsbeteiligung des Landkreises ausgeschlossen.
2. Das Land wird aufgefordert so rasch als möglich die Planfeststellung einzuleiten. Der Bund wird aufgefordert so früh als möglich die Finanzierung des Ausbaus der A 81 sicherzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Land und dem Bund anzubieten, den Kostenanteil des Landkreises in Höhe von 7,37 Mio Euro bei Baubeginn der Maßnahme als Festkostenanteil in einer Summe zu bezahlen. Im Gegenzug haben sich der Bund und das Land zu verpflichten, den Landkreis von jeglicher Kostensteigerung für dieses Projekt freizustellen. Die Vereinbarung ist dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 2

Klimaschutzkonzept für den Landkreis Böblingen Vorlage: 026/2013/1

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage sowie der Anlage zu KT-Drucks. Nr. 026/2013/1.

Der **Vorsitzende** ruft den Tagesordnungspunkt auf und übernimmt die Einführung. Er macht dabei auch rückblickend auf die Vorberatungen zum Thema nochmal deutlich, dass es heute nicht um den Beschluss von Einzelmaßnahmen gehe.

Kreisrat Gravert (Freie Wähler) erklärt, seine Fraktion unterstütze die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Böblingen. Man bejahe die Bemühungen zum Klimaschutz und man sei davon überzeugt, dass es für die Zielerreichung langfristiger Strategien bedürfe. Um dabei aber wirklich erfolgreich zu sein, müsse man zum Thema die privaten Haushalte und das Gewerbe erreichen, dazu bleibe in der Vorlage noch offen wie das gelingen könne, denn für Klimaschutz seien regelmäßig auch investive Maßnahmen erforderlich, da stelle sich die berechnete Frage, wie können diese in Gang gesetzt werden. Die Steckbriefe der an der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes beteiligten Städte und Gemeinden seien bis dato dürftig ausgefallen und daher nicht geeignet Hilfen zu Umsetzung zu geben, hier gelte es nachzuarbeiten. Klimaschutz benötige ich auch ein Controlling hierzu sei man auf die Ergebnisse des/r künftigen KlimaschutzmanagerIn gespannt – den Vergleich: eingesetzte personelle und finanzielle Ressourcen zur eingesparten CO²-Menge. Abschließend erklärt er, die Fraktion der Freien Wähler stimme mehrheitlich dem vorgelegten Beschlussantrag zu.

Kreisrat Mundle (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion begrüße die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts für den Landkreis Böblingen. Er nimmt dabei auch Bezug auf die ermittelten Ergebnisse und deren interessante Aussagewerte auch mit Blick auf die Zukunft. Wichtig sei jetzt aber auch, dass man die damit verbundenen (erforderlichen) Maßnahmen umsetze und daher spreche er sich auch für die Stellenbesetzung des/r KlimaschutzmanagerIn aus. Weiter stellt er die Einsparungsmöglichkeiten im Bereich Strom (40%), Wärme (23%) sowie die Ausbaumöglichkeiten im Bereich der Erneuerbaren Energien und insgesamt die Möglichkeiten zu Effizienzsteigerung heraus. Erreichen könne man dies mit rd. 2-10 Euro pro Kreiseinwohner und Jahr und damit lasse sich ein Invest von rd. 50 Mio. Euro losstoßen. Dies sei zusammenfassend dargestellt eine klare Win-Win-Situation für den Landkreis Böblingen. Man fördere den Klimaschutz (Reduzierung des CO²-Ausstosses), schaffe gleichzeitig Arbeitsplätze und trage zur Wirtschaftsförderung bei. Dadurch würden nicht nur ökologische, sondern auch gleichermaßen ökonomische Wirkeffekte erzielt. Es sei auch richtig, dass man sich zum Thema alle 2 Jahre berichten lasse, um damit eine gute Grundlage für die Beschlussfassung über die Einzelmaßnahmen zu bekommen. Abschließend erklärt er, seine Fraktion werde dem Beschlussantrag zustimmen.

Kreisrat Jeutter (CDU) erklärt, über das Ziel Umweltschutz sei man sich fraktionsübergreifend einig, darum habe man auch bereits das Energiekonzept (Energieleitlinie) im Landkreis Böblingen beschlossen. Allerdings könne das heute zu beschließende Klimaschutzkonzept nur gelingen, wenn man auch die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Maßnahmen konsequent umsetze, dafür seien auch sicherlich zusätzliche Fördermaßnahmen notwendig. Weiter sei es die Aufgabe der bereits benannten Klimaschutzmanagerin – Frau Schöne, die Kreiseinwohnerschaft und das Gewerbe von diesen Thema zu überzeugen und die damit verbundenen Maßnahmen heranzubringen und ihnen auch den Weg zu möglichen Fördermaßnahmen aufzuzeigen. Daraus könne dann für den Landkreis ein zusätzlicher Ertrag entstehen, der dann auch in Teilen in den Umweltschutz fließen solle. Weiter sei wichtig, dass hier der Landkreis zum Thema eine Vorreiterrolle einnehme, doch dies könne nur gelingen, wenn alle Städte und Gemeinden auch die mit eigenen Klimaschutzkonzepten zusammen agieren. Abschließend erklärt er die mehrheitliche Zustimmung seiner Fraktion zum Beschlussantrag.

Kreisrätin Berroth (FDP) erklärt, es sei gut, dass man die Daten zusammengetragen und sich grundsätzlich mit dem Thema befasst habe. Was sich ihr aber ihrer Fraktion nicht erschließe sei die Tatsache, warum der Landkreis zum Thema für 25 Jahre Geld in die Hand nehmen solle. Daher sei ihr auch der von ihr eingebrachte Beschlussantrag lfd. Nr. 2 sehr wichtig, der die Verwaltung nach zwei Jahre zu einer Berichtserstattung beauftrage, während das Startprojekt auf 3 Jahre angelegt sei. 2 Jahre sei ein guter Zeitraum eine Zwischenbilanz zu ziehen und sich die Frage zu stellen, wie man weiter mache und ob man überhaupt weitermache. Denn sicher werde es auch Projekte und Initiativen geben, die auch von alleine auf den Plan kommen und weiterlaufen, auch ohne das Zutun des Landkreises. Begründete Zweifel äußert sie auch an den mehrfach erwähnten positiven Effekten für das Handwerk, wenn man bspw. die Fassadensanierung des Landratsamtes betrachte, könne man feststellen, dass die meisten Unternehmen im Landkreis gar nicht in der Lage seien, solch einen Großauftrag zu stemmen. Insgesamt seien in der Vorlage auch viele Versprechungen enthalten, die ggf. nicht einhaltbar seien bzw. auch einige Projekte, die auch von allein durch andere Initiativen ins Leben gerufen würden. Es sei nicht

Aufgabe des Landkreises diese Aufgabe an sich zu ziehen. Der Kreis solle sich viel mehr auf seine Kernaufgaben wie Schulen, Krankenhäuser etc. konzentrieren, wo es in den nächsten Jahren sehr viel zu tun gebe, hierfür müsse man Geld ansparen und Rücklagen ansparen. Vor dem Hintergrund des Gesagten beantrage sie auch die getrennte Abstimmung der lfd. Nr. 1 des Beschlussantrags.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die lfd. Nr. 1 des Beschlussantrags untrennbar mit den lfd. Nr. 2 und 3 zusammenhänge, aber er werde den Antrag aufgreifen und getrennt abstimmen lassen. Abschließend erklärt er, dass es dem Landkreis nicht darum gehe zusätzliche Aufgaben an sich zu ziehen, sondern vielmehr um eine Darstellung der Gesamtsituation im Landkreis Böblingen zum Thema.

Kreisrat Nemeth (CDU) führt aus, um das erklärte Ziel Klimaschutz zu realisieren, bedarf es Anstrengungen auf allen politischen Ebenen, und wenn es hierzu noch Fördermittel seitens des Bundes gebe umso besser. Allerdings bezogen auf das beigefügte Gutachten sehe er die Gefahr, dass hier durch Aussagen (Versprechungen) Hoffnungen geweckt würden, die ggf. unrealistisch seien. Er beziehe sich hierzu auf die Einsparpotentiale und Verbesserungsmöglichkeiten in den Bereichen Verkehr, Wärme und Strom. Im Bereich Straßen sei der Landkreis in den letzten 20 Jahren bereits vorbildlich unterwegs, daher würden hier die Verbesserungsmöglichkeiten nur marginal zu Buche schlagen, weiter zeichne sich der Bund und die KfW maßgeblich im Bereich Wärme verantwortlich, daraus resultierend kaum Möglichkeiten der Einflussnahme durch den Landkreis und im Bereich Strom könne man froh sein, wenn man das derzeitige Verbrauchsniveau trotz Zuwachs der Nutzungsmöglichkeiten und Anzahl der Nutzer in der Zukunft halten könne.

Kreisrat Faißt (Freie Wähler) erklärt, das Thema an sich sei wichtig und man könne es nicht außen vor lassen. Allerdings sehe er die Umsetzung auf der örtlichen Ebene nicht als unproblematisch an und der Mehrwert für die Städte und Gemeinden erschließe sich ihm heute noch nicht, aber dazu erhoffe er sich Informationen im Rahmen der Berichtserstattung in zwei Jahren. Die Klammerfunktion – Zusammentragung der Information zum Thema kreisweit sei für ihn akzeptabel.

Der Kreistag fasst antragsgemäß bei 9 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen folgenden

B e s c h l u s s :

1. Dem angeschlossenen integrierten Klimaschutzkonzept für den Landkreis Böblingen wird zugestimmt und dessen Umsetzung empfohlen. Das Klimaschutzcontrolling wird weiter ausgebaut.

Der Kreistag fasst antragsgemäß bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen folgenden

B e s c h l u s s :

2. Über die im integrierten Klimaschutzkonzept vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen wird – soweit sie haushaltswirksam sind – in den zuständigen Gremien gesondert beraten.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle zwei Jahre einen qualifizierten Bericht über die Umsetzung und Wirkung des integrierten Klimaschutzkonzepts zu erstellen.

TOP 3

Allgemeine Finanzprüfung 2009 - 2010 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Vorlage: 009/2013

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage und der Anlage zu KT-Drucks. Nr. 009/2013).

Der **Vorsitzende** ruft den Tagesordnungspunkt ohne Sachvortrag auf.

Der Kreistag nimmt ohne Aussprache von den wesentlichen Feststellungen der Gemeindeprüfungsanstalt zur Allgemeinen Finanzprüfung des Landkreises Böblingen, seiner Eigenbetriebe der Jahre 2009 und 2010 und zur Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 sowie von der Stellungnahme der Verwaltung

K e n n t n i s .

TOP 4

Beteiligungsbericht des Landkreises Böblingen Vorlage: 015/2013

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage sowie der Anlage zu KT-Drucks. Nr. 015/2013).

Der **Vorsitzende** ruft den Tagesordnungspunkt auf. Aus Anlass der Berichtserstattung in der Tagespresse erklärt er, dass es dem Landkreis zum Thema Kreisklinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH nicht darum gehe, seinen Partner heraus zu drängen, das Gegenteil sei der Fall. Man sei froh über jeden solventen Partner in der schwierigen finanziellen Situation, in welcher man sich befinde. Außerdem verlange das Sozialministerium eine klare Darstellung der Finanzierung als Voraussetzung für die Entscheidung über die Förderung für einen Krankenhausneubau. Des Weiteren geht er auf die entstehenden Defizite im Klinikbereich ein sowie die damit verbundene drohende Insolvenzgefahr und darum bedürfe es so frühzeitig als möglich einer Klärung, wer was wann finanziere und dies wolle man gemeinsam mit der Stadt Sindelfingen verbindlich klären.

Kreisrat Aupperle (GRÜNE) macht noch eine redaktionelle Anmerkung zum beigefügten Beteiligungsbericht.

Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht für das Jahr 2011 über Beteiligungen des Landkreises Böblingen an Unternehmen, die in privater Rechtsform geführt werden, zur

K e n n t n i s .

TOP 5

Verschiedenes

Der **Vorsitzende** geht auf die ausgelegten Unterlagen ein:

- Faltblatt „Kreishaushalt 2013 – Daten“
- Haushaltserlass 2013 des Regierungspräsidiums Stuttgart
- Schreiben an Minister Bonde zum Thema: Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten
- Schreiben an Minister Hermann zum Thema: Abkehr von der Neigetechnik auf der Gäubahn
- Sitzungskalender 2014 – Änderungsmitteilung
- JägerPost – Fachzeitschrift der Jägervereinigung Kreis Böblingen

Zum Abschluss lädt er die Teilnehmerschaft zur im Anschluss in der Kongresshalle stattfindenden Auftaktveranstaltung des 40.-jährigen Jubiläums des Landkreises mit Herrn Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel als Ehrengast ein.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Kreistagsmitglieder: